

Initiativantrag

CCS: teuer, hoch risikoreich und ein Freifahrtschein für klimaschädliche Vorhaben – Landesregierung muss Gesetz im Bundesrat verhindern!

Antragsteller: Landesvorstand

Einstimmig verabschiedet.

Die Landesdelegiertenversammlung des BUND NRW e.V. fordert die Vertreter*innen des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat auf, den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes abzulehnen.

Mit diesem Gesetz zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ (Carbon Capture and Storage – CCS) bremst die Bundesregierung die Energiewende aus und höhlt den Vorrang der Kohlendioxid-Vermeidung vor teuren Scheinlösungen aus. Sie setzt auf eine wirkungslose Technik, die in anderen Ländern bereits gescheitert ist. Das wirft Deutschland und Nordrhein-Westfalen energie- und industriepolitisch weit zurück. Der Umbau NRWs zu einer klimaneutralen Industrieregion wird so torpediert.

Für besonders kontraproduktiv erachtet der BUND NRW, dass die geplanten CO₂-Leitungsnetze und -Deponien für sämtliche Industrieemissionen und sogar für Gaskraftwerke zugänglich sein sollen. Das im Gesetz vorgesehene "überragende öffentliche Interesse" für CCS verursacht eine direkte (Flächen)-Konkurrenz zum Ausbau der erneuerbaren Energien und muss verhindert werden.

Kaum eine Technologie wird mit so viel Vorschusslorbeeren, überzogenen Erwartungen und falschen Versprechungen versehen wie die Abscheidung und unterirdische Deponierung von CO₂.

CCS funktioniert nicht

CCS wird seit Jahrzehnten verwendet, um mehr klimaschädliches Öl und Gas aus den Lagerstätten zu extrahieren. Für den Klimaschutz funktioniert die Technik trotz jahrelanger Bemühungen nicht. Im Gegenteil: fast 90 Prozent aller bisherigen CCS-Projekte sind gescheitert. Bisher gibt es weltweit lediglich zehn CO₂-Endlager, die alle mit großen Problemen kämpfen und zusammen nur einen Bruchteil der CO₂-Menge verpressen, die Deutschland allein pro Jahr entsorgen will.

Dazu kommt: Die Endlagerkapazitäten in der deutschen Nordsee werden deutlich überschätzt, wie auch der Forschungsverbund Geostore zugeben musste. Bereits jetzt werden in Ländern des Globalen Südens gigantische CCS-Deponien für exportiertes CO₂ geplant – in Ländern, deren Bevölkerung am wenigsten zur Klimakrise beigetragen hat. Gleichzeitig gibt es keine einzige Langzeitstudie, die belegt, dass die Endlager für CO₂ über Jahrhunderte dicht sein werden.

CO₂-Endlager in Nordrhein-Westfalen?

Der Aufbau einer CO₂-Entsorgungsinfrastruktur quer durch ganz Deutschland würde ein Pipelinesnetz von 4.500 bis 7.000 Kilometer Länge bedeuten. Allein der so genannte Delta Rhine Corridor würde den Bau einer 450 Kilometer lange Pipeline durch NRW bedingen.

Der Strom-, Frischwasser- und Flächenverbrauch vor Ort stiege durch CCS massiv. Neben der energieintensiven, unzureichenden und teuren Abscheidung macht der Transport über lange Strecken CCS besonders unwirtschaftlich.

Unternehmen werden deshalb aus Kostengründen darauf drängen, das CO₂ vor Ort unterirdisch zu deponieren - auch in Nordrhein-Westfalen. Möglich machen soll dies eine Länderöffnungsklausel im CCS-Gesetz. Machte die Landesregierung davon Gebrauch, drohen Erdbeben, Bodeninstabilität und die Verunreinigung von Grund- und Trinkwasserreservoirs.

Kommt es zu Leckagen und unkontrollierten Austritten von Gasen an Pipelines oder Deponien, kann das - neben dem negativen Klimaeffekt - zu gravierenden Gesundheitsgefährdungen für Menschen in der Umgebung führen. Das belegen diverse Beispiele aus den USA.

CCS leistet keinen Beitrag zum Klimaschutz

Statt den Umbau hin zu einer wirklich CO₂-freien industriellen Produktion voranzutreiben, dient CCS als Vorwand, um ein "Weiter so" klimaschädlicher Industriezweige und sogar Strom aus Erdgas zu legitimieren. Der Aufbau einer CCS-Infrastruktur träte damit auch in unmittelbare Konkurrenz zur ambitionierten Wasserstoffstrategie des Landes. Statt auf grünen Wasserstoff für Industrie und Kraftwerke zu setzen, würde das fossile Geschäftsmodell fortgeschrieben. Es würden Milliarden in den Aufbau einer vermeintlichen CO₂-Entsorgungsinfrastruktur versenkt und die Klimaziele dann dennoch verfehlt. Die Kosten würden auf Staat und Verbraucher*innen umgelegt. Auch der Weltklimarat (IPCC) beurteilt CCS als teuerste und unsicherste Maßnahme zur CO₂-Reduktion.

Der BUND NRW fordert deshalb die Landesregierung auf:

Setzen Sie sich für wirksamen Klimaschutz ein, der auf Energieeinsparung, Effizienz, den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien und die Regeneration natürlicher CO₂-Speicher wie Moore, Wälder und Grünland setzt.

Bringen Sie die Dekarbonisierung der Industrie und eine echte Kreislaufwirtschaft voran, die auch auf Abfallvermeidung und CO₂-freie Baumaterialien setzt. CCS in Müllverbrennungsanlagen und Zementwerken ist eine Scheinlösung.

Lehnen Sie die Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxidspeicherungsgesetzes ab, statt sich auf eine unsichere und riskante Technologie zu verlassen, die die Klimakrise weiter verschärft und Risiken auf die Gesellschaft abwälzt.